

Der internationale Suchdienst

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Tätigkeitsbericht / Internationales Komitee vom Roten Kreuz**

Band (Jahr): - **(1977)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

besuchten Häftlinge und über Personen, die ihm als vermisst gemeldet wurden.

Von den 1977 erstellten 19 500 Karteikarten betrifft ein Teil auch die Auswanderer, deren Ausreise nach einem Gastland dem Zentralen Suchdienst vom Zwischenstaatlichen Komitee für Europäische Auswanderungen (CIME) liebenswürdigerweise bekanntgegeben wurde.

Im Lauf des Berichtsjahrs behandelte der Zentrale Suchdienst in Genf rund tausend Anfragen nach Nachrichten oder solche, die sich auf Familienzusammenführungen bezogen.

Das Büro des Zentralen Suchdienstes am Sitz der IKRK-Delegation in Buenos Aires bearbeitete seinerseits rund 2500 Anfragen nach Häftlingen und als vermisst geltenden Personen.

Das seit 1973 am Sitz der IKRK-Delegation in Santiago (siehe S. 28-29 dieses Berichts) eingerichtete Büro des Suchdienstes übte weiterhin seine Tätigkeit aus, wenn auch in geringerem Masse, da die Zahl der Häftlinge zurückgegangen war. Seine Tätigkeit bestand in der Vorbereitung der Listen mit den Namen der Häftlinge, die es zu besuchen galt, und nach den Haftstättenbesuchen mussten diese Listen auf den neuesten Stand gebracht werden; Anträge auf Nachforschungen waren zu bearbeiten, Schritte mussten unternommen werden, um einerseits den Häftlingen und ihren Familien bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen und andererseits eine Lösung für Fälle von Familienzusammenführungen im Ausland zu finden.

Folgen weiter zurückliegender Konflikte

In verschiedenen Abteilungen des Zentralen Suchdienstes, die sich mit Fällen aus dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, herrscht noch heute eine rege Tätigkeit. Die ehemaligen Kombattanten des Kriegs von 1939-1945 — oder ihre Witwen — nähern sich der Pensionierung oder sind bereits pensioniert. Wenn diese Menschen eine Erhöhung ihrer Altersrente erhalten oder vorzeitig pensioniert werden wollen, müssen sie häufig Gefangenschaftsnachweise, Bescheinigungen über Krankenhausaufenthalte oder Totenscheine vorlegen bzw. nachweisen, dass die Person, die kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben hat, im Lauf des Konflikts ums Leben kam.

Dem Zentralen Suchdienst werden immer noch Tausende von Fällen dieser Art unterbreitet, und zwar entweder von den betreffenden Personen selbst oder über ihre Behörden bzw. über ihre nationale Rotkreuzgesellschaft. Diese Anfragen stammen meistens aus Ländern, deren Unterlagen infolge der Kriegsergebnisse und namentlich der Besetzung ihres Gebiets nur recht unvollständige Angaben über ihre militärischen und zivilen Staatsangehörigen enthalten, die von den gegnerischen Streitkräften gefangenengenommen wurden oder im Verlauf der Feindseligkeiten starben.

Allein bei der polnischen Abteilung des Zentralen Suchdienstes gingen im Berichtsjahr 16 277 Anfragen ein. Dank der Erhöhung ihres Personalbestands konnte sie die Verspätung des Vorjahrs aufholen und 26 586 Briefe versenden.

Wenn die deutsche, die italienische und die jugoslawische Abteilung auch nicht auf ein solch umfangreiches Arbeitsvolumen wie die polnische blicken kann, so ist die Tätigkeit dieser Abteilungen ebenso wie jene der UdSSR im Vergleich zum Jahr 1976 nicht zurückgegangen.

Im Rahmen der Folgeerscheinungen des Zweiten Weltkriegs beschäftigt sich der Zentrale Suchdienst nicht nur mit den Fällen ehemaliger Gefangener. Es gibt zahlreiche Personen, die infolge der Kriegsergebnisse oder der Nachkriegszeit ihre Heimat verlassen mussten und immer noch bestrebt sind, mit ihren Angehörigen in Verbindung zu treten, über deren Schicksal sie häufig nichts wissen. Dank der in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuzgesellschaften und mit dem Internationalen Suchdienst (ITS) in Arolsen unternommenen Nachforschungen gelingt es dem Zentralen Suchdienst, die Spur einer gewissen Zahl von Personen ausfindig zu machen und somit die erste Voraussetzung für eine eventuelle Familienzusammenführung zu schaffen.

Wenn es dem Zentralen Suchdienst auch im Berichtsjahr einmal mehr gelungen ist, die ihm anvertrauten zahlreichen Aufgaben zu erfüllen, so verdankt er dies zumindest teilweise der wertvollen Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuzgesellschaften sowie mit den verschiedenen Flüchtlingsorganisationen.

III. DER INTERNATIONALE SUCHDIENST

Die offizielle Bezeichnung für den Internationalen Suchdienst, den das IKRK seit 1955 leitet, und die auch in Arolsen (Bundesrepublik Deutschland) am Sitz der Organisation verwendet wird, lautet « ITS », was die Abkürzung des englischen Namens *International Tracing Service* ist.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs beschlossen die Alliierten, alle sich auf die Insassen der Konzentrationslager und die Heimatvertriebenen in Deutschland beziehenden Unterlagen

in Arolsen zu sammeln. Bis 1954 wurde diese Dienststelle von der Alliierten Hochkommission für Deutschland verwaltet.

Im Jahre 1955 wandten sich die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (BRD), der Vereinigten Staaten, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs ans IKRK und baten dasselbe, in seiner Eigenschaft als neutrale Instanz die Leitung und Verwaltung des ITS zu übernehmen. Die Übertragung der Verantwortung erfolgte mittels Abkommen, und auf dieser

Grundlage leitet das IKRK nun schon seit 22 Jahren diese Organisation. Laut diesen Abkommen trägt die Regierung der BRD die Kosten für die Tätigkeit des ITS, die sich im Berichtsjahr auf DM 7 259 102,— beliefen. Die Zahl der Angestellten des ITS betrug etwa 250 Personen.

Im Jahre 1955 wurde ein internationaler Ausschuss für den Internationalen Suchdienst gegründet, dem Vertreter der vier oben erwähnten Regierungen angehören, zu denen noch die der Regierungen Belgiens, Griechenlands, Israels, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande stiessen, da diese Länder ihr Interesse an der Tätigkeit des ITS bezeugten. Dieser Ausschuss verfolgt die Arbeiten des ITS und tritt in regelmässigen Abständen zusammen, um Empfehlungen vorzubringen.

Der Begriff « Suchdienst » kann derzeit zu Irrtümern führen. Während die wichtigste Aufgabe des ITS am Ende des Zweiten Weltkriegs darin bestand, nach gefangenen oder heimatvertriebenen Personen sowohl in Deutschland als auch in den von den deutschen Truppen besetzten Ländern zu suchen und getrennte Familien zusammenzuführen, hat sich sein Tätigkeitsfeld später verschoben. Heute besteht seine Aufgabe besonders darin, die sich auf deutsche und nichtdeutsche Insassen der Arbeits- und Konzentrationslager sowie auf infolge des Zweiten Weltkriegs heimatvertriebene Nichtdeutsche beziehenden Unterlagen zu sammeln, zu ordnen, aufzubewahren und auszuwerten. Die eigentliche Suchtätigkeit des ITS nach Vermissten stellt nur noch 8% seiner Arbeit dar; er ist ausserdem nur für die Suche nach nichtdeutschen Vermissten zuständig, da sich das Deutsche Rote Kreuz in der Bundesrepublik Deutschland um die deutschen Staatsangehörigen kümmert.

Die vom ITS den Opfern der Nazi-Verfolgungen oder den Angehörigen ihrer Familien entgegengebrachte Hilfe erfolgt aufgrund der in seinen Archiven enthaltenen Belege.

Wenn die Antragsteller (ehemalige Opfer oder ihre Angehörigen) ihren Anspruch auf eine Rente oder Entschädigung geltend machen wollen, brauchen sie eine Bestätigung vom ITS, dass sie in einem Konzentrationslager inhaftiert (Deutsche oder Nichtdeutsche), als ausländische Arbeiter während des Kriegs angestellt (Nichtdeutsche) oder in DP-Lagern (Flüchtlingslagern) unmittelbar nach dem Krieg untergebracht waren (Nichtdeutsche und Juden). Auch Bescheinigungen über Krankheiten, an denen die Opfer gelitten haben, können sich als nützlich erweisen. Ferner benötigen die Verwandten von verstorbenen Opfern häufig einen Totenschein.

Die vom ITS unter dem Zeichen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ausgestellten Bescheinigungen werden als offizielle Urkunden anerkannt. Im Berichtsjahr wandten sich Staatsangehörige aus 45 Ländern an den ITS.

Die Tätigkeit des ITS im Jahre 1977

DAS SAMMELN DER UNTERLAGEN. — Aus technischen Gründen schränkte der ITS im Berichtsjahr seine Suche nach

besonderen Unterlagen ein. Nachforschungen dieser Art erfolgten lediglich während zehn Arbeitstagen im Staatsarchiv von Nürnberg.

In zwei Fällen wurden die auf dem Schriftweg geführten Nachforschungen von Erfolg gekrönt: die Anfragen beim Zentralausschuss zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen (Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce) in Warschau sowie die bei den Archiven der Gedenkstätte von Theresienstadt. Der ITS erhielt auf diese Weise insgesamt 15 062 Blätter von vervielfältigten Unterlagen.

Wenn der Antragsteller angeben kann, wo er gearbeitet hat und welcher Krankenkasse er angehörte, dann stellen die Gemeindeämter und Krankenhäuser auch wertvolle Informationsquellen dar. Im Berichtsjahr erhielt der ITS durch sie allein 3500 einzelne Unterlagen.

DAS ORDNET DER UNTERLAGEN. — Der ITS erhielt eine grosse Zahl von Unterlagen (Vervielfältigungen und Kopien), die von den Archiven und Dienststellen, an die er sich im Lauf der vergangenen vier Jahre gewandt hatte, ausfindig gemacht, geordnet und zum Fotokopieren bestimmt worden waren.

Ein aus sechs Personen bestehendes Team wurde 1977 damit betraut, diese Unterlagen in ein Verzeichnis aufzunehmen und zu ordnen, um sie auswerten zu können. Diese Aufgabe umfasst das Ordnen in chronologischer und alphabetischer Reihenfolge, die Erfassung der angegebenen Namen, die Bestimmung der Staatsangehörigkeit, die Prüfung der Bezeichnungen nach Themen, das Fotokopieren der Unterlagen in notwendiger Zahl gemäss verschiedenen Kriterien, das Registrieren jeder für die Auswertung nützlichen Auskunft auf Karteikarten und das Einordnen der analytischen Karten in die Zentralkartei mit über 40 Millionen Karteikarten.

Die Abteilung für Referenzkarten erstellte im Berichtsjahr rund 200 000 neue analytische Karteikarten, die alphabetisch abgelegt wurden.

Ferner wurden die Hilfskartei (252 000 Karten) und die dringenden Dokumente (41 785 Karten), d.h. insgesamt 293 785 Karteikarten, geordnet und in der Zentralkartei abgelegt.

DIE AUSWERTUNG DER UNTERLAGEN. — Der ITS erteilte auf die bei ihm eingegangenen Anfragen insgesamt 108 808 Antworten, die sich wie folgt zusammensetzen: 24 818 Gefangenschaftsnachweise oder -berichte, 21 324 Antworten auf Anfragen für Gedenkbücher, 8004 Arbeitsbescheinigungen, 4339 Nachweise oder Berichte über Aufenthalte in einem Flüchtlingslager.

Ernennung eines neuen Direktors

Ende 1977 trat Albert de Cocatrix, Leiter des ITS seit 1970, in den Ruhestand. Das IKRK ernannte Philippe Züger als Nachfolger.